

In der Finanzkrise ist der Bürger der Dumme. Er bezahlt für die toxischen Geschäfte von Banken und Superreichen. Zeit, sich zu wehren

Mehr Marktwirtschaft, mehr Fairness!

VON MAX OTTE

Im Herbst 2008 erschütterte die Finanzkrise die Weltwirtschaft mit der Wucht eines Tsunami. Für kurze Zeit sah es so aus, als würde das Geld- und Bankensystem zusammenbrechen. Rasch gebastelte staatliche Rettungsprogramme von bislang unvorstellbarem Ausmaß verhinderten dies – vorläufig. Die Kosten waren enorm. Sie beliefen sich nach einer Schätzung der Commerzbank bislang auf über zehn Billionen Dollar – 20 Prozent des Weltsozialprodukts. Allein der deutsche Finanzmarktstabilisierungsfonds hat Rettungsmaßnahmen von mehr als 200 Milliarden Euro genehmigt. Das sind 2500 Euro Belastung pro Bundesbürger.

Man hätte sich vielleicht damit abgefunden, wenn die Politik die Lehren aus der Krise gezogen hätte. Wenn das Finanzsystem endlich sicherer geworden wäre und die Menschen in eine bessere Zukunft hätten blicken können.

Aber nichts davon ist der Fall! Die dringend notwen-

dige Reform des Finanzsektors ist ausgeblieben. Nach einer kurzen Schreckenspause machen die Investmentbanken, Hedge-Fonds und andere Finanzakteure weiter wie bisher: Ungehindert durch die Politik, betreiben sie ihr hochriskantes, oft toxisches Geschäft.

In immer kürzeren Abständen folgen nun die Einschläge. Kaum schien die Finanzkrise halbwegs überwunden, stand Griechenland vor der Zahlungsunfähigkeit.

» Wir brauchen keinen Sozialismus für Banken und Superreiche, in dem diese Gruppen auf Kosten des Staates leben «

Die politische Klasse überschlug sich unverzüglich in Willensbekundungen, „Griechenland, den Euro und Europa zu retten“. Das sind gleich drei politische Lügen auf einmal! Denn von den 110 Milliarden Euro, die 2010 als „Rettungspaket“ zur Verfügung gestellt wurden, profitieren weder Europa noch die griechischen Bürger, noch die Bürger der Geberländer wie Deutschland. Unser Geld fließt wieder an die Banken, die sich ein weiteres Mal verzockt haben, diesmal mit griechischen Anleihen.

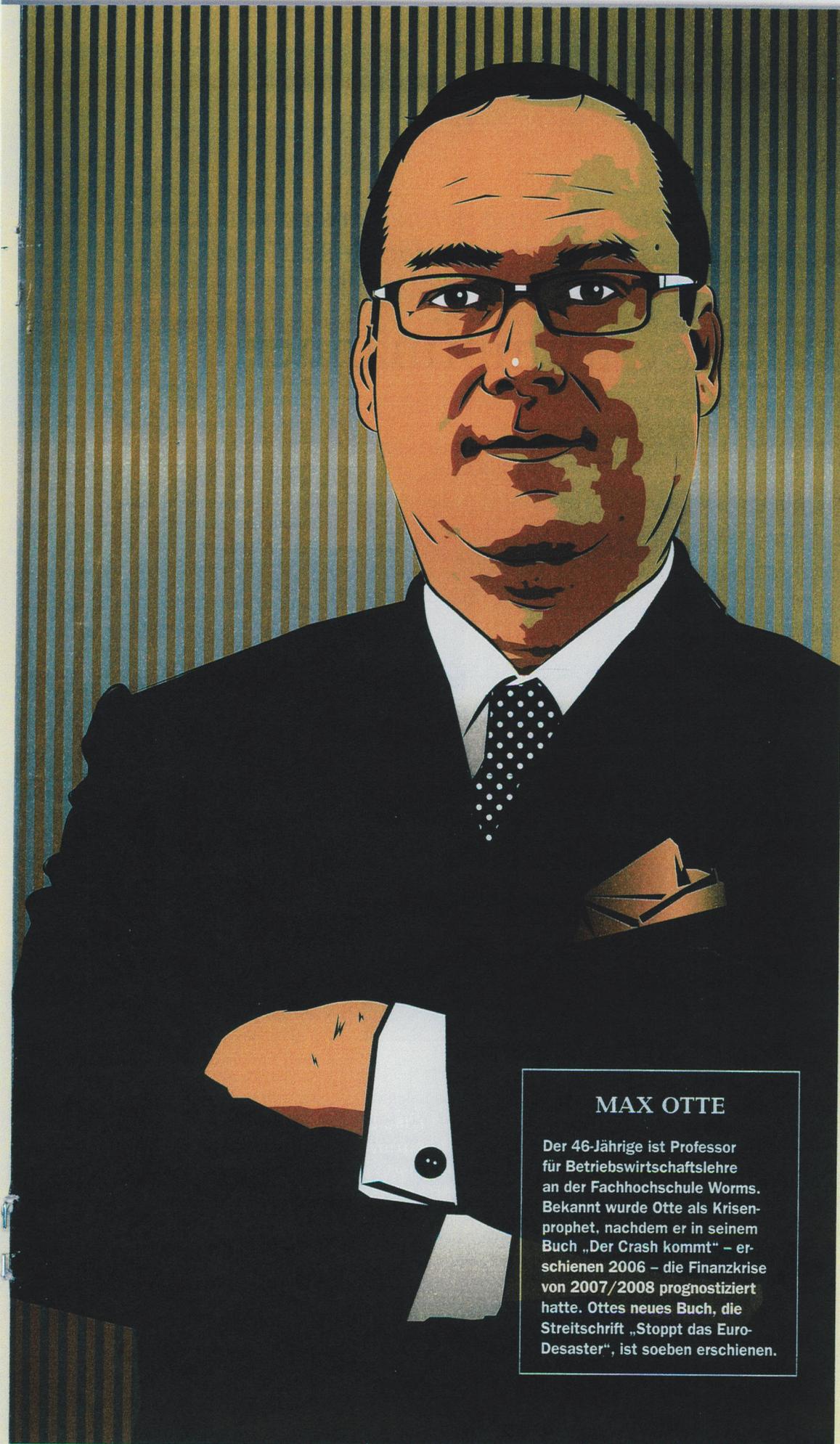
Etwas ist faul in unserem Staate. Die Menschen merken, dass sie an der Nase herumgeführt werden. Sie wissen, dass sie am Ende die Dummen sind, dass sie für dieses Desaster mit ihren Steuergeldern bezahlen müssen. Es reicht – wehren Sie sich!

Wir brauchen keinen Sozialismus für Banken und Superreiche, in dem diese Gruppen auf Kosten des Staates leben, ohne sich angemessen an der Wertschöpfung in der Wirtschaft

zu beteiligen. Was wir brauchen, ist ein faires marktwirtschaftliches Finanzsystem, das nicht leistungsfreie Kapitaleinkommen belohnt, sondern ermöglicht, dass jeder Arbeitswillige Arbeit finden, man mit einer Vollzeitstelle eine Familie ernähren kann und eine hinreichende Altersversorgung besteht.

Dazu ist keine Revolution notwendig. Um wieder zu einer marktwirtschaftlichen und freiheitlichen Ordnung zu gelangen, bedarf es nur weniger Reformen. Mit vier einfachen Regelwerken könnten wir das Finanzsystem deutlich gerechter und stabiler machen:

1. Feste Mindesteigenkapitalanforderungen für alle Finanzakteure würden das System erheblich transparenter und sicherer gestalten.
2. Größenbegrenzungen für Finanzdienstleister würden deren Marktmacht limitieren und Erpressungen ganzer Staaten durch Mega-Institute unmöglich machen.
3. Die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking und die Regulierung der



MAX OTTE

Der 46-Jährige ist Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Worms. Bekannt wurde Otte als Krisenprophet, nachdem er in seinem Buch „Der Crash kommt“ – erschienen 2006 – die Finanzkrise von 2007/2008 prognostiziert hatte. Ottes neues Buch, die Streitschrift „Stoppt das Euro-Desaster“, ist soeben erschienen.

Geschäftsmodelle würden die Spekulation der Banken mit Einlagen ihrer Privat- und Geschäftskunden verhindern.

4. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer würde die Spekulation dämpfen und Kleinsparer kaum belasten.

Schon mit diesen Reformen wäre viel erreicht. Außerdem müssten wir in der Währungs- und Finanzpolitik die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank wiederbeleben und darauf achten, dass kein Mitgliedsland für die Schulden eines anderen Mitgliedslandes einsteht. Nur so können wir die Schulden Spirale stoppen.

Deutschland hat immer noch die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt. Ausgerechnet ein Schweizer Industrieller sagte mir vor einigen Jahren: „Wenn es was mit der Regulierung der Finanzmärkte geben soll, geht es nur, wenn Deutschland eine Vorreiterrolle spielt. Aber ihr traut euch aus historischen Gründen nicht.“ Recht hat er: Zur Durchsetzung von solchen Regeln muss Deutschland sich trauen, selbstbewusster seine Positionen zu vertreten. Nur dann kann getan werden, was dringend erforderlich ist: unsere Wirtschaft und Gesellschaft aus der Umklammerung der Finanzoligarchie befreien, die europäische Währung nachhaltig stabilisieren und damit im Endeffekt nicht nur die europäischen Staaten in geordnetes Fahrwasser führen, sondern auch einen Beitrag zur Stabilität und Nachhaltigkeit der Weltwirtschaft leisten. Wir können nicht ewig für die Herrschaft der wenigen zahlen. ■